



Antrag
AT-11/2022
FW

Beratungsfolge	TOP	Termin	Beratungsaktion
Kreistag	10.	6. Mai 2022	beschließend
Kreistag		1. Juli 2022	beschließend

Betreff:

Einrichtung eines Notdienstes der Ordnungsämter der Kommunen im Landkreis an Wochenenden

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss möge in mehrfacher Hinsicht prüfen, ob an Wochenenden zur Nachtzeit ein Notdienst aus den Personalbeständen der Ordnungsämter der 18 Kommunen rekrutiert werden kann.

- 1) Besteht in den einzelnen Kommunen ein Bedarf?**
- 2) Gibt es rechtliche Hindernisse?**
- 3) Dürfte ein(e) Mitarbeiter(in) der Gemeinde z. B. Selters in der Gemeinde Dornburg wegen einer Ruhestörung einschreiten?**
- 4) Wären die einzelnen Kommunen zur entsprechenden Mitarbeit bereit?**

Begründung:

Die nicht ausreichenden Personalstärken der Polizeistationen in Limburg und Weilburg werden auch in dem Resolutionsantrag an die Hessische Landesregierung / das Innenministerium thematisiert. Diese haben zur Folge, dass - vornehmlich in den Nächten Freitag / Samstag und Samstag / Sonntag - Bürger und Bürgerinnen in ihren Rechten verletzt werden. Sie rufen bei der zuständigen Polizeidienststelle an und machen Angaben z.B. zu aktuellen Ruhestörungen, Verkehrsbehinderungen und / oder Vandalismus, die polizeiliche Sofortmaßnahmen zur Folge haben müssten. Auf Grund der aktuellen Auftragslage in Verbindung mit der schwachen personellen Situation ist es meistens nicht möglich, eine Streife für die erforderlichen Ermittlungen zu entsenden. Anwohner sind so zum Beispiel überlauter und aggressiver Musik bis in die frühen Morgenstunden ausgesetzt und finden keinen Nachtschlaf, weil ja auch niemand vom örtlich zuständigen Ordnungsamt zur Verfügung steht. So entstehen rechtsfreie Räume, Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreisgebiet, die sich an Recht und Gesetz halten.

Eine Kommune allein ist auf Grund der Anzahl der Mitarbeiter/innen des Ordnungsamtes nicht in der Lage, Notdienste an den Wochenenden zu stellen. Sofern sich die 18 Kommunen des Landkreises zusammentun, sollte das aber möglich sein.

Zumindest sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, den Menschen im Landkreis zu ihrem Recht zu verhelfen und die Polizei zu entlasten.

**Der Vorsitzende des Kreistages des
Landkreises Limburg-Weilburg**

gez. Joachim Veyhelmann